

Gäste:

Frau Schmidt	Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH
Herr Frank Hohn	Hoffbauer-Stiftung
Herr Christoph Richter	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Herr Gregor Jekel	Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
Herr Frank Thomann	Fachbereich Soziales und Gesundheit
Herr Jörg Bindheim	Fachbereich Soziales und Gesundheit
Herr Rainer Schulz	Fachbereich Feuerwehr
Herr Dr. Jörg Leben	Bereich Verkehrsentwicklung
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.03.2019 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums
- 4 Bericht über die Arbeit des Bereiches Arbeit und Integration der
Landeshauptstadt Potsdam (Rückblick - Ausblick)
- 5 Neufassung der Richtlinie zur Förderung sozial- und gesundheitsfürsorglicher
Angebote
Vorlage: 19/SVV/0488
Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit
- 6 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur gemeinsamen Wahrnehmung von
Aufgaben nach dem SGB IX, SGB XI und dem SGB XII
Vorlage: 19/SVV/0459
Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit
- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 7.1 Mehr Wissen über Erste Hilfe im Notfall in Potsdam
Vorlage: 19/SVV/0203
Fraktion Bürgerbündnis-FDP
GSI (ff)
- 7.2 1. Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2019 mit Nachtragshaushaltsplan
und Anlagen für das Haushaltsjahr 2019
Vorlage: 19/SVV/0344
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Haushalt
+ Ea Fraktion Bürgerbündnis-FDP vom 01.04.2019
- 8 Mitteilungen der Verwaltung
- 8.1 Umsetzung Barrierefreiheit im ÖPNV
Vorlage: 19/SVV/0308
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 9 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Imke Eisenblätter.

zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.03.2019 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Frau Eisenblätter stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 5 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Frau Eisenblätter stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 19.03.2019 zur Abstimmung.

Die Niederschrift wird **mehrheitlich mit einer Enthaltung bestätigt**.

Frau Eisenblätter schlägt folgende Ergänzung der Tagesordnung vor, die aufgrund der Nachreichung folgender Beschlussvorlagen erforderlich wurde:

TOP 5 „Neufassung der Richtlinie zur Förderung sozial- und gesundheitsfürsorgender Angebote“ (DS 19/SVV/0488) und als neuen TOP 6 „Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben nach dem SGB IX, SGB XI und dem SGB XII“ (DS 19/SVV/0459).

Alle weiteren Tagesordnungspunkte werden dann in der vorgesehenen Reihenfolge danach behandelt.

Im TOP „Sonstiges“ wird Herr Jekel über die AG Asyl vom 24.04.2019 informieren.

Des Weiteren soll die Tagesordnung um einen **nicht öffentlichen Teil** ergänzt werden: **„Information zum Vorhabenbeschluss zur Gründung einer gemeinsamen Bildungseinrichtung“.**

Frau Schulze fragt nach dem Rückblick und Ausblick des Jobcenters, der eigentlich für heute geplant war.

Frau Eisenblätter informiert, dass Herr Brincker aufgrund seines Urlaubs den Bericht im neuen GSI-Ausschuss geben möchte. Der Bitte sei sie nachgekommen.

Sie stellt die so ergänzte Tagesordnung zur Abstimmung.

Die ergänzte Tagesordnung wird **einstimmig bestätigt**.

zu 3

Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums

Frau Kiss informiert, dass der Runde Tisch zum Thema Kommunalwahl stattgefunden hat und sehr gut besucht wurde. Es gab viel Diskussionsbedarf zu verschiedenen Themen.

Herr Okurka ergänzt, dass derartige Runde Tische zu verschiedenen Themen häufiger durchgeführt werden sollten. Frau Kiss bestätigt, dass dies auch für 2020 so angedacht ist.

Zum Thema Barrierefreiheit teilt Frau Kiss mit, dass das Büro des Beirates nicht so ausgestattet ist, wie es erforderlich wäre. Sie verweist dabei auf das Schreiben, das allen Ausschussmitgliedern zugeschickt wurde.

Des Weiteren verweist sie auf das Positionspapier des Beirates, das ebenfalls an alle Ausschussmitglieder verschickt wurde. Sie verweist auf die unbefriedigende Situation, dass mit dem Bau der Förderschule in der Waldstadt Menschen mit Behinderung aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden. Sie betont, dass dies den Grundgedanken der inklusiven Bildung widerspricht.

Des Weiteren teilt Frau Kiss mit, dass derzeit das Thema Assistenz im Ehrenamt beraten wird. Wenn dazu Hilfe benötigt wird, wird der Beirat dies signalisieren.

Frau Eisenblätter hat selbst am Runden Tisch zum Thema Kommunalwahl teilgenommen und fand diesen sehr gelungen.

Herr Thomann (Fachbereich Soziales und Gesundheit) nimmt Bezug auf die bemängelte Barrierefreiheit des Büros des Beirates für Menschen mit Behinderung. Herr Thomann hat diesbezüglich zu Herrn Reschke Kontakt aufgenommen, der mitgeteilt hat, dass bereits am 04.04.2019, also drei Tage nach dem Einzug, die Zugangstür zum Flurbereich gemäß den zuvor getroffenen Vereinbarungen mit den Beiräten fertig gestellt wurde. Darüber hinaus werden die Eingangstüren über den rückwärtigen Bereich des Hauses in Kürze ebenfalls ertüchtigt. Eine weitere vor-Ort-Begehung mit der beauftragten Firma hat hierzu am 24.04.2019 stattgefunden. Neben dem vorhandenen Treppenlift wird somit eine weitere Alternative für einen rollstuhlgerechten Zugang in das Haus 1 geschaffen. Die Gesamtkosten für die Ertüchtigung der beiden Zugänge belaufen sich auf ca. 27.000 Euro.

In der 1. Etage wird entgegen dem Wunsch des Beirates kein weiteres Behinderten-WC ertüchtigt. Auf Grund des in diesem Falle notwendigen baulichen und finanziellen Umfangs der Maßnahme wird auf die in der 3. und 5. Etage bereits befindlichen und den Anforderungen entsprechend ausgebauten WC-Räume verwiesen.

Herr Reschke ist sehr interessiert daran, die Mängel zu beheben und bittet den Beirat, auf ihn zuzugehen.

Bericht des Seniorenbeirates

Herr Puschmann informiert, dass der Umzug des Seniorenbüros wie geplant am 01.04.2019 stattgefunden hat. Der Seniorenbeirat ist mit den neuen Räumlichkeiten sehr zufrieden und bedankt sich bei der Stadtverwaltung für die deutliche Verbesserung. Insbesondere die örtliche Nähe zum Pflegestützpunkt ist sehr positiv. Deshalb soll am 20.05.2019 ein gemeinsamer Tag der Offenen Tür durchgeführt werden.

Der Seniorenbeirat bittet darum, zukünftig über für Senioren relevante Themen informiert zu werden, bevor diese beschlossen werden.

Am 07.11.2018 wurde die Vorlage 18/SVV/0703 „Direktwahl von Beiräten“ beschlossen. Hierzu gab es im Nachgang ein gemeinsames Gespräch mit der LHP, Vertretern des Beirates für Menschen mit Behinderung und des

Seniorenbeirates. Man einigte sich darauf, dass dieses Thema in den kommenden Beiratssitzungen besprochen und der LHP mitgeteilt wird, wie der Beirat darüber befindet.

Der Seniorenbeirat hat mehrheitlich **gegen** die Direktwahl der Beiräte gestimmt.

Des Weiteren berichtet Herr Puschmann, dass Herr Jekel zur Beiratssitzung die beiden Gesetzesentwürfe über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum und über die soziale Wohnraumförderung im Land Brandenburg vorgestellt hat. Die voraussichtlichen Beschlüsse im Juni 2019 haben zur Folge, dass sich z.B. Änderungen in der Wohnberechtigung ergeben, eine Förderung für Heime und Einrichtungen möglich ist. Derzeit fehlt noch immer kleiner Wohnraum für die älteren Bürgerinnen und Bürgern.

Für die Wahl des Seniorenbeirates wurde ein Flyer entwickelt, der an alle Ausschussmitglieder als Tischvorlage ausgereicht wurde.

Der Kartenverkauf für die 26. Brandenburgische Seniorenwoche beginnt am 02.05.2019, jeden Dienstag und Donnerstag von 9 – 12 Uhr in den neuen Räumlichkeiten des Seniorenbüros. „Kultur“ erhält vorab für das Eröffnungskonzert 50 Karten, um diese an bedürftige Menschen zu verteilen. In diesem Zusammenhang macht Herr Puschmann deutlich, dass im Seniorenplan die Altersarmut zu kurz gekommen sei.

Er teilt mit, dass es die Informationsveranstaltung im Sterncenter bereits 48 Anmeldungen für Stände gibt. Das Abschlusskonzept findet in der St. Peter und Paul Kirche statt.

Frau Schulze weist darauf hin, dass es eine schriftliche Stellungnahme des Seniorenbeirates zur Direktwahl gegenüber der Verwaltung gibt. Sie bittet darum, dass diese Stellungnahme über Frau Spyra allen Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben wird.

Frau Eisenblätter bittet den Seniorenbeirat zu priorisieren, was schwerpunktmäßig aus dem Seniorenplan umgesetzt werden soll. Dies sollte schriftlich vom Seniorenbeirat an die Fraktionen gegeben werden.

Auf Nachfrage von Herrn Oqueka zur Direktwahl der Beiräte schlägt Frau Schulze vor, die Mitteilungsvorlage 19/SVV/0417 ebenfalls an alle Ausschussmitglieder zu schicken.

zu 4 Bericht über die Arbeit des Bereiches Arbeit und Integration der Landeshauptstadt Potsdam (Rückblick - Ausblick)

Herr Jekel (Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration) gibt anhand einer Präsentation einen Überblick über die Zielstellung und die Zielgruppen und stellt dabei die Ist-Zahlen 2018 und die Prognose 2019 vor. Er verweist auf einen Fehler im Zuschussbedarf auf Folie 4 und sagt zu, dies zu klären und die korrigierte Fassung als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung zu stellen.

Anschließend gibt er einen Ausblick auf die Projekte 2019 und erläutert diese.

Herr Richter fragt, ob erfasst wird, wie viele Menschen mit Behinderung von den aktuell umgesetzten Förderprogrammen profitieren. Des Weiteren fragt er, ob es Förderprogramme gibt, um Menschen mit Behinderungen gezielt in Arbeit zu vermitteln und ob der Bereich Arbeit und Integration die Umsetzung dieser beabsichtigt.

Da Herr Jekel dazu spontan keine Aussage treffen kann, sagt er zu, dies zu erfragen und die Information nachzureichen.

Nachtrag:

1. Profitieren Menschen mit Behinderungen von den aktuell umgesetzten Förderprogrammen?

Grundsätzlich sind Menschen mit Behinderungen von einer Teilnahme der Angebote nicht ausgeschlossen. Da sie jedoch nicht explizite Zielgruppe sind, werden sie nicht statistisch erfasst, so dass keine Aussage darüber getroffen werden kann, wie viele Personen mit diesem Hintergrund sich aktuell und/oder in der Vergangenheit in den Projekten befinden/ befanden.

2. Gibt es Förderprogramme um Menschen mit Behinderungen gezielt in Arbeit zu vermitteln und beabsichtigt der Bereich Arbeit und Integration die Umsetzung dieser?

Förderungen für Menschen mit Behinderungen gehen aktuell in den Bereich der Lohnkostenzuschüsse für Arbeitgebende, Qualifizierung und Begleitung. Zum Teil werden sie über das LASV ausgereicht, aber auch über SGB II und SGB III finanziert, in Abhängigkeit des Leistungsbezuges. Ob gezielte Förderungen seitens des Landes Brandenburg oder des Bundes existieren kann zur Zeit nicht beantwortet werden. Diese Zielgruppe ist bisher nicht explizit Gegenstand der Unterstützungsangebote des Bereiches „Arbeit und Integration“ – obgleich diese durch bestehende Förderung durchaus mit bedacht und unterstützt werden kann, soweit andere Förderkriterien ebenfalls zutreffen.

Aus Gründen der personellen Kapazität ist eine gezielte Fokussierung auf diese Zielgruppe aktuell nicht angedacht.

zu 5 Neufassung der Richtlinie zur Förderung sozial- und gesundheitsfürsorglicher Angebote

Vorlage: 19/SVV/0488

Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit

Herr Thomann (Fachbereich Soziales und Gesundheit) bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen.

Herr Bindheim (Fachbereich Soziales und Gesundheit) teilt mit, dass die Richtlinie in insgesamt 13 Sitzungen von einer Arbeitsgruppe unter Einbeziehung von Mitgliedern des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion sowie Mitarbeitenden der Verwaltung grundlegend überarbeitet wurde. In den Jahren 2018 und 2019 hat die Landeshauptstadt Potsdam jährlich ca. 1,3 Mio. Euro im Rahmen der Projektförderung vergeben. Ziel der Überarbeitung der Richtlinie ist es, als unabdingbar bewertete Angebote im Rahmen beschlossener städtischer Haushalte und des Zuwendungsrechtes von einer jährlichen Projektförderung in eine institutionelle Förderung zu überführen. Dabei handelt es sich um 12 der 36 bisher geförderten Angebote. Die Förderung der im Status „Projektförderung“ verbleibenden Angebote soll auf maximal drei Jahre begrenzt werden. Danach soll die Förderung institutionalisiert oder eingestellt werden.

Das Gremium für die Auswahl der geförderten Projekte soll für die gesamte Wahlperiode gewählt werden. Sofern die Richtlinie beschlossen wird, wird am 24.05.2019 eine Informationsveranstaltung für die freien Träger durchgeführt.

Frau Tietz schlägt vor, den letzten Absatz des Punktes 1.3 „Höhe der Förderung“ etwas weicher zu formulieren.

Herr Thomann macht deutlich, dass sich das Konzept des Angebotes grundsätzlich an Potsdamerinnen und Potsdamer richten soll.

Frau Tietz bittet aufzunehmen, dass die Träger tarifgerecht bezahlen sollen, da aus ihrer Sicht tarifgerechte Bezahlung auch für Qualität in der Arbeit spricht.

Herr Thomann erklärt, dass dies im Zuwendungsbereich nicht möglich ist. Er weist darauf hin, dass Träger u.a. nach Haustarif bezahlen.

Herr Richter (Büro für Chancengleichheit und Vielfalt) regt an, die Beiräte beratend zu beteiligen. In dem Entscheidungsgremium sind die Beiräte nicht vorgesehen.

Herr Thomann erklärt, dass dies bei der Überarbeitung der Richtlinie thematisiert wurde. Deshalb ist eine Person aus dem Büro für Chancengleichheit und Vielfalt in dem Gremium vorgesehen.

Frau Gerber fragt, wie die Ermittlung des Bedarfs erfolgt, auch vor dem Hintergrund der wachsenden Stadt.

Herr Thomann weist darauf hin, dass es bereits mehrere Pläne für die einzelnen Zielgruppen gibt. Damit sind bereits wesentliche Zielgruppen abgedeckt und Bedarfe festgestellt.

Frau Gerber macht deutlich, dass die Fördersumme erhöht werden müsste.

Frau Eisenblätter regt an, dann einen haushaltsbegleitenden Antrag zur Erhöhung der Mittel zu stellen.

Herr Otto hält die gefundene Lösung der Beteiligung des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt sehr sinnvoll.

Frau Schulze ergänzt, dass die Mitglieder des Gremiums jederzeit Rücksprache mit den Beiräten halten können. Sie bittet um eine Empfehlung für die Beschlussfassung durch den Hauptausschuss.

Herr Richter appelliert an den Ausschuss, zu überdenken, dass die Beiräte einbezogen werden sollen.

Frau Tietz fragt mit Bezug auf die Bewertungsmatrix, wie beurteilt wird, ob ein Träger gut mit der Verwaltung zusammenarbeitet.

Herr Thomann erklärt, dass es um die rechtzeitige Kommunikation geht und z.B. strukturierte Sachberichte.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Frau Eisenblätter die Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt dem Hauptausschuss wie folgt zu beschließen:

Die Neufassung der Richtlinie zur Förderung sozial- und gesundheitsfürsorgender Angebote.

**Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.**

**zu 6 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben nach dem SGB IX, SGB XI und dem SGB XII
Vorlage: 19/SVV/0459**

Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit

Herr Thomann (Fachbereich Soziales und Gesundheit) bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, für die Landeshauptstadt Potsdam als Mandatierende mit dem Landkreis Spree-Neiße als Mandatsträger die anliegende öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben nach dem SGB IX, SGB XI und dem SGB XII abzuschließen.

**Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich mit 4 Zustimmungen und 1 Enthaltung angenommen.**

zu 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

**zu 7.1 Mehr Wissen über Erste Hilfe im Notfall in Potsdam
Vorlage: 19/SVV/0203**

Fraktion Bürgerbündnis-FDP
GSI (ff)

Herr Schulz (Fachbereich Feuerwehr) weist darauf hin, dass folgende Maßnahmen bereits durchgeführt werden:

- Anleitung zur Telefonreanimation durch die integrierten Leitstellen bei Erkennen einer Reanimationssituation und Notrufmeldung ist Berufsalltag
- Es existiert ein ausgebautes First-Responder-System mit 6 Standorten in den (abgelegenen) Potsdamer Stadtteilen Groß Glienicke, Satzkorn, Uetz, Golm, Grube und Satzkorn sowie in den Strandbädern mit fortlaufendem Training und jährlicher Überprüfungen durch die BF Potsdam (AED jeweils vorhanden).
- geplant ist eine landesweite Indienststellung der App-basierten Laien-Reanimation "Katt-Retter", nach Möglichkeit 2019
- Forcierung der Anzahl und Bekanntmachung von öffentlich zugänglichen AED-Standorte und Einbindung in das System unter 3.
- öffentliche Werbung und Übungen von Reanimationsmaßnahmen in der Öffentlichkeit mit eigenem Feuerwehr-Werbekauf zu Volksfesten, Messen und anderen Gelegenheiten erfolgt laufend
- Teilnahme an der "Woche der Wiederbelebung" vom 16. - 22.09.2019
- Der Fachbereich Feuerwehr betreibt aktiv und sehr erfolgreich einen Twitter Account.
- jährlicher "Tag der offenen Tür" in der BF Potsdam am ersten Septemberwochenende mit Demonstrationen und Übungen von Reanimationsmaßnahmen und "Erster Hilfe"

- Führungen von KITA- und Schulgruppen in der BF Potsdam mit der Möglichkeit der Demonstration von Erste-Hilfe-Maßnahmen
- Umfangreiche und öffentlichkeitswirksame Arbeit der 15 Freiwilligen Feuerwehren der LH Potsdam - im jeweiligen Ausrückebereich über KITAS, Schulen und unzähligen jährlichen Veranstaltungen
- Durch die Ärztlichen Leiter Rettungsdienst Brandenburgs wird ein Schulprojekt über das Bildungsministerium vorangetrieben, welches ab Klassenstufe 7 jährlich 2 Stunden Reanimationstraining / Erste-Hilfe-Maßnahmen verpflichtend einführen soll.
- Zusätzlich laufen Ausbildungen in Erster-Hilfe, z.B. im Rahmen der Führerscheinausbildung und für betriebliche Ersthelfer*innen in Betrieben ab 2 Angestellten im Auftrag der BG durch zugelassene Anbieter, sogenannten ermächtigten Stellen (Hilfsorganisationen) - hier darf z.Bsp. die Feuerwehr nicht tätig werden.
- Durch Ärztlichen Leiter Rettungsdienst finden Informationen für interessierte Mitarbeiter /Pflegedienstleitungen Potsdamer Pflege- und Senioreneinrichtungen über die Arbeit des Rettungsdienstes und Reanimations- und Erste-Hilfe-Maßnahmen statt.

Der Fachbereich Feuerwehr ist bereits durch seinen gesetzlichen Auftrag breit aufgestellt, um die Bevölkerung auch zu diesem Thema zu informieren. Gleichzeitig gibt es Handlungsbedarf auf den gängigen Internetseiten der LHP als auch der Berufsfeuerwehr, die Öffentlichkeitsarbeit voranzutreiben.

Frau Schulze stellt fest, dass der Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt ist. Sie schlägt vor, den Antrag für erledigt zu erklären.

Herr Mertens stimmt zu, dass mit dem Vortrag von Herrn Schulz bereits vieles abgedeckt ist.

Frau Kamenz empfiehlt ebenfalls, den Antrag für erledigt durch Verwaltungshandeln zu erklären.

Frau Schulze schlägt vor, dass die Stellungnahme von Herrn Schulz im Vorfeld der Stadtverordnetenversammlung am 08.05.2019 an die Fraktionen übermittelt wird.

Frau Eisenblätter bittet um Abstimmung darüber, dass der vorliegende Antrag durch verwaltungshandeln erledigt ist.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich mit 4 Zustimmungen und 1 Enthaltung **angenommen.**

Der Antrag ist durch Verwaltungshandeln erledigt.

zu 7.2 1. Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2019 mit Nachtragshaushaltsplan und Anlagen für das Haushaltsjahr 2019 Vorlage: 19/SVV/0344

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Haushalt
+ Ea Fraktion Bürgerbündnis-FDP vom 01.04.2019

Frau Eisenblätter schlägt vor, den Ergänzungsantrag der Fraktion Bürgerbündnis-FDP lediglich zur Kenntnis zu nehmen, da dieser nicht die Zuständigkeit des GSI-Ausschusses berührt.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. **Der Ergänzungsantrag wird zur Kenntnis genommen.**

Herr Thomann (Fachbereich Soziales und Gesundheit) teilt mit, dass der Fachbereich Soziales und Gesundheit noch in diesem Jahr 23 Stellen eingestellt bekommen soll, die unabdingbar notwendig sind. Dabei ist auch die Stelle für die Verstärkung des Seniorenbüros. Nach Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung kann die Ausschreibung der Stellen erfolgen.

Herr Jekel (Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration) ergänzt, dass dies den Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration mit 6,5 Stellen betrifft. Wesentlich ist auch, dass das Vertragswesen im Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration neu organisiert werden muss.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

- Die 1. Nachtragssatzung der Landeshauptstadt Potsdam mit Nachtragshaushaltsplan und Anlagen für das Haushaltsjahr 2019 (siehe Anlage).
- Stellenplanerweiterung der Landeshauptstadt Potsdam um 120,9 VZÄ mit Wirkung zum 01. Juli 2019 zur Sicherung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung im Rahmen des Nachtragshaushaltes.

**Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.**

zu 8 Mitteilungen der Verwaltung

zu 8.1 Umsetzung Barrierefreiheit im ÖPNV

Vorlage: 19/SVV/0308

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Frau Schulze fragt, wann die Fortschreibung des Nahverkehrsplanes ihren Abschluss findet.

Herr Dr. Leben (Bereich Verkehrsentwicklung) erklärt, dass dieser im September 2019 in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht werden soll. Der Beirat für Menschen mit Behinderung ist involviert.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 9 Sonstiges

Herr Jekel (Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration) informiert über die Sitzung der AG Asyl vom 24.04.2019. Die AG Asyl hat sich mit dem Beschluss „Sicherer Hafen“ und dessen Umsetzung befasst. Es wurde verabredet, dass die AG in der neuen Wahlperiode auch weiterhin arbeiten möchte. Das erste Treffen soll im September 2019 stattfinden, danach zweimal jährlich.

Des Weiteren informiert Herr Jekel, dass zum 01.01.2020 Ausschreibungen von Gemeinschaftsunterkünften erfolgen werden.

Zukünftig sollte die AG Asyl verbindlicher sein, um das Thema Integration bearbeiten zu können.

Frau Eisenblätter ergänzt, dass auch das Integrationskonzept intensiv bearbeitet werden soll.

Frau Schulze macht deutlich, dass der Vorschlag des Andockens der AG Asyl an einen Ausschuss gut sei.

Herr Richter (Büro für Chancengleichheit und Vielfalt) weist darauf hin, dass vom 05. bis zum 12.05.2019 die Potsdamer Inklusionstage stattfinden. Das Programm dazu liegt auch in leichter Sprache vor.

Er informiert, dass er aus privaten Gründen zum 31.07.2019 die Landeshauptstadt Potsdam verlassen wird. Er bedankt sich für die Zusammenarbeit in den sechs Jahren seiner Tätigkeit in der Landeshauptstadt Potsdam.

Imke Eisenblätter
Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Schriftführerin